

---

## Protokoll der Delegiertenversammlung vom 21. Oktober 2000

Tagespräsident: Ueli Stückelberger, Präsident Grüne Freie Liste  
Kanton Bern

Dauer: 13.30-18.00 Uhr

Entschuldigt haben sich Esther Maag, Diego Hättenschwiler .

### 1. Begrüssung

Ueli Stückelberger, der neugewählte Präsident der Grünen des Kantons Bern, heisst die Delegierten und ganz besonders die grüne Berner Grossratspräsidentin Mariann Keller herzlich willkommen.

Mariann Keller begrüsst die Delegierten im Namen der Grossratsfraktion. Berichtet von ihrem Amt als Grossratspräsidentin, das mit Repräsentation viel, mit aktiver Politik wenig zu tun hat. Wünscht allen viel Motivationskraft, Humor und Fantasie bei der Umsetzung der grünen Politik.

Ruedi Baumann verweist auf die Naturkatastrophen der letzten Tage, die auch als Folge des Treibhauseffektes angesehen werden müssen. Diese vorherrschende „Nach uns die Sintflut“-Mentalität darf nicht anhalten. Am 24. September wurde die Kurskorrektur nicht eingeleitet, kurzfristige Argumente der Wirtschaftsverbände waren - vorläufig - stärker. Es braucht die Grünen nach wie vor und mehr denn je!

Ruedi fordert einen Bundesrat ohne SVP und schlägt eine aktive Beteiligung der Grünen an der BR-Wahl vor.

Erica Hennequin bedauert die Teilung der Tandem-Initiativen durch den Bundesrat. Für uns Grüne sind sie untrennbar miteinander verbunden. Ruft auf, die Kampagne weiterhin finanziell und mit Taten engagiert zu unterstützen.

### 2. Statutarisches

Als Stimmzähler gewählt werden Alex Martinovits und Manuel C. Widmer.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 26. August 2000 in Basel wird stillschweigend genehmigt.

#### Ergänzungswahl in den Vorstand:

Als Vertreter des Kantons Aargau wird Pascal Schacher gewählt. Pascal stammt ursprünglich aus Moutier, ist Experte in der Zollverwaltung, war lange in der SP tätig, Umweltthemen fehlten ihm dort. Vorstandsmitglied VCS-Aargau.

Als Vertreterin des Kantons Luzern wird Heidi Rebsamen gewählt, seit 1983 in der Politik, ehemals in der POCH, jetzt im kantonalen Vorstand, Einwohnerrätin in Kriens, hat Soziologie und Geschichte studiert und arbeitet beim Gewerkschaftsbund in Zürich.

Für den Kanton Waadt wird Susanne Jungclaus-Delarze gewählt. Von Beruf ist Susanne Apothekerin, während einiger Zeit war sie Co-Präsidentin der Waadtländer Grünen. Nach einer mehr der Familie gewidmeten Phase hat sie jetzt wieder freie Kapazität für politische Arbeit auch auf nationaler Ebene.

### **3. Informationen**

Cécile Bühlmann beginnt ihren Bericht aus der Fraktion mit der guten Nachricht, dass die Fraktion - und damit auch die Partei - vom Bund ab nächstem Jahr Fr. 85'000 Franken mehr erhalten wird. Die Fraktion hat sich in den letzten Wochen u.a. mit der Zukunft der SWISSCOM befasst. Die Mehrheit der Fraktion glaubt nicht daran, dass die SWISSCOM besser dasteht, wenn der Bund die Aktienmehrheit verkauft. Die Entscheidungsfindung ist schwierig, die Diskussion geht weiter.

Weiter hat die Fraktion Vorstösse zur Wasserproblematik (Wasser als öffentliches Gut) eingereicht und mit ExpertInnen über das Thema Sterbehilfe diskutiert.

Hubert Zurkinden berichtet von der Kampagne zu unserer AHV-Initiative, die in vollem Gange ist. Stellt das Kampagnenmaterial vor und bittet alle, davon nach Hause zu nehmen und es unter die Leute zu bringen. Preis, der winkt: Pensionierung ab 62!

### **4. Gastreferat zu den Initiativen für ein flexibles Rentenalter: Colette Nova, Geschäftsführende Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB**

Eine gute AHV ist ein urgewerkschaftliches Anliegen. Das Bedürfnis, früher in würdigen Ruhestand zu gehen, ist vielleicht stärker, als noch vor zehn Jahren. Heute ist die vorzeitige Pensionierung aber Privileg für einige schon Privilegierte.

Die Gegner sprechen von Demontage der AHV. Ausgerechnet die Sozialabbauer, die sich im Moment bei der 11. AHV-Revision wieder betätigen, sprechen von Demontage.

Dass bei Annahme der Initiativen Kosten entstehen ist klar, diese sind aber moderat. Wenn sich die Schweiz Steuergeschenke an Banken

und Reiche leisten kann, dann kann sie sich auch eine Milliarde für die Flexibilisierung leisten. Frage der Priorität!

## **5. Parolen zu den Abstimmungen vom 26. November 2000**

### **5.a) Initiativen für ein flexibles Rentenalter ab 62**

Anne-Catherine Menétrey-Savary ist überzeugt, dass der Entscheid gegen den Rückzug unserer Initiative richtig war. Gut, dass zwei Initiativen da sind, die noch von der heftigen emotionalen Bewegung zeugen, die die 10. AHV-Revision ausgelöst hat. Unsere Lösungen sind die besten, wir wissen es, und die Gegner wissen es auch. Sie denken allerdings nur an die Kosten.

Die Initiativen tragen den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen Rechnung, der wirtschaftlichen Realität ebenfalls, und sie stellen Gerechtigkeit her.

Das Kosten-Nutzen-Verhältnis darf nicht nur buchhalterisch beurteilt werden, es geht um Solidarität, um Wiederherstellung einer Form von Gleichheit.

*Die Delegierten sprechen sich einstimmig für die beiden Initiativen aus.*

### **5.b) Umverteilungsinitiativen**

Fernand Cuche, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, ist überzeugt, dass für die kommenden Jahrzehnte die herkömmliche Landesverteidigung unnötig, Bevölkerungsschutz allerdings wichtig, aber auch mit der Hälfte der Mittel zu machen ist.

In Katastrophenfällen leistet die Armee gute Dienste, dies könnte aber auch ein ziviles Korps übernehmen.

*Mit 69 Ja bei keiner Gegenstimme und zwei Enthaltungen wird die Ja-Parole zur Initiative beschlossen.*

### **5.c) Initiative „für tiefere Spitalkosten“**

Hubert Zurkinden stellt die Initiative vor, die eine radikale Änderung des Krankenversicherungssystems vorsieht. Nur noch Spitalkosten sollen versichert werden müssen, alles andere bleibt dem Einzelnen überlassen.

Verheerende Auswirkungen für Chronischkranke und Leute mit niederm Einkommen.

*Die Delegierten sprechen sich einstimmig gegen die Initiative aus.*

## **5.) Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000**

Cécile Bühlmann plädiert für Unterstützung des Referendums. Mit dem neuen Bundespersonalgesetz sind die Arbeitsplätze des Bundes einem massiven Deregulierungsdruck ausgesetzt.

Nur das Notwendigste bleibt geregelt: Abschaffung des Beamtenstatus, öffentlich-rechtliche Anstellung, Gesamtarbeitsverträge, Kündigungsschutz schlecht, keine Beschwerdemöglichkeit bei Leistungslöhnen, keine Maximallöhne festgelegt. Der Bund hat Vorbildwirkung, und dies soll so bleiben. Der Abbau des Service public droht!

In der anschliessenden Diskussion fallen einige Voten für das neue Gesetz, etwa mit dem Argument, das herrschende Kastensystem oder Zwei-Klassen-System (Beamte/obligationenrechtliche Anstellung) beim Bund gehöre abgeschafft (Alex Martinovits), oder der Staat müsse sich den Gegebenheiten anpassen, nicht alles könne der Staat besser machen als Private (Bernhard Pulver). Gegen das neue Gesetz spreche die Tatsache, dass leistungsorientierter Lohn eher demotivierend wirke, wie Studien beweisen (Roland Wieprecht) und dass der Service public nicht noch mehr zersetzt werden dürfe (Pierre Santschi).

Abschliessend betont Cécile, dass es um wichtige Grundwerte gehe. Das alte Gesetz muss revidiert werden, das ist klar, aber Mindesteckwerte müssen drin stehen.

*Die Delegierten fassen mit 14 Ja zu 51 Nein bei 7 Enthaltungen die Nein-Parole.*

## **6. Stellungnahme zum Referendum gegen die Teilrevision des Militärgesetzes. Podium**

Nico Lutz plädiert für das Referendum, weil von den drei Minimalbedingungen, die die GSoA mit den grünen und linken Kreisen im Parlament formuliert hatte (UNO/OSZE Mandat, nur friedenserhaltende Einsätze, Bewaffnung zum Selbstschutz) die beiden letzten Bedingungen nicht erfüllt wurden.

Die GsoA und mit ihr die Kreise, die das Referendum lanciert haben, fordern eine solidarische Konfliktpolitik, Abbau der Konflikursachen, mehr Gelder für Entwicklungszusammenarbeit, gerechtere Asylpolitik, den UNO-Beitritt.

Peter Hug weist auf unsere moralische Verpflichtung hin, wenn es darum geht, die Zivilbevölkerung zu schützen. Es gebe Situationen, in denen zivile Bemühungen nicht genügen. Ein Nein wird im Ausland als Nein zur Öffnung der Schweiz verstanden. Die Armee reform würde über den Haufen geworfen. Ein Nein würde nicht zu mehr Geldern für Entwicklungszusammenarbeit und zivile Konfliktverhütung führen. Keine Blankochecks für militärische Auslandseinsätze dank verlangtem UNO/OSZE-Mandat, Mitwirkung an friedenserzwingenden Handlungen nicht möglich, watching group versprochen von Ogi.

Fernand Cuche: Sicherheitspolitische Kommission und Parlament müssen Ja zu einem Einsatz sagen, zudem wird ein UNO/OSZE-Mandat verlangt. Bewaffnung zum Selbstschutz muss möglich sein. Wenn wir für

eine Öffnung der Schweiz, für den EU- und UNO-Beitritt sind, dann müssen wir Nein zum Referendum sagen.

Patrice Mugny spricht sich für ein Engagement der Schweiz für ein sicheres Europa aus und ist trotzdem für ein Ja zum Referendum. Seine Erfahrung in der Finanzkommission: bei allen Vorschlägen, bei denen es um friedenspolitische Anliegen geht, ist die Kommissionsmehrheit immer dagegen. Politisch und sozial ist die Schweiz nicht solidarisch, die zur Diskussion stehende Form der Solidarität ist keine glaubwürdige.

Anne-Catherine: Friedenspolitik ist Konfliktverhütung, überall und immer. Konfliktbewältigung darf aber nicht Richtung Militarisierung gehen. Egoistische Solidarität, die die Verhinderung von Migration als erstes Ziel ansieht. Gesetz schliesst friedens erzwingende Einsätze nicht aus! Deshalb Ja zum Referendum.

Heinz Bähler: Unterstützung des Gesetzes unglaubwürdig für eine friedens engagierte Partei. Behinderung des UNO-Beitritts. NATO-Osterweiterung wird damit gefördert.

Luzius Theiler: Gewaltfreiheit als Grundprinzip der Grünen, Grüne waren und sind für Abschaffung der Armee, deshalb müssen wir für Referendum sein.

Thomas Heuberger ist gegen Referendum. Es gibt einen Punkt, wo sich friedens erzwingend und friedens erhaltend nicht ausschliessen. Idealvorstellung der Gewaltfreiheit ist gut, Realität ist oft anders.

Pia: aus feministischer Sicht Ja zu Referendum! Es ist mehr als Selbstschutz möglich. Wir sind für Selbstschutz, aber nicht für mehr.

Manuel C. Widmer: Wer gegen die Armee ist, ist gegen Militärgesetz: mit diesem Reflex wird Wasser auf die Mühlen des Isolatismus getragen. Wir können es uns nicht leisten, in einer Reihe zu stehen mit all diesen SVP-Leuten.

Christian van Singer: Frieden vorbereiten mit Spezialkräften und nicht mit Rambos!

Ruedi Baumann: UNO/OSZE-Mandat wird verlangt, freiwillige Teilnahme ist gewährleistet, ausgeschlossen ist die Teilnahme an Kampfhandlungen zur Friedens erzwingung. Falls doch Bewaffnung wird SiK und APK konsultiert. Wenn mehr als 100 Leute eingesetzt werden und der Einsatz mehr als 3 Wochen dauert muss die Bundesversammlung entscheiden: Bremsen sind also eingebaut. Kein Blankoscheck.

Bei Ablehnung des Gesetzes, Riesenerfolg für Isolationisten, nicht für den Frieden; die Armee wird dadurch nicht kleiner, nicht mehr Entwicklungshilfegelder.

*Mit 23 Ja zu 27 Nein bei 7 Enthaltungen sprechen sich die Delegierten gegen eine Unterstützung des Referendums aus.*

## **7. Verschiedenes**

- Nach 8 Jahren Tätigkeit für die Grünen Schweiz wird Rose-Marie Fankhauser auf Ende Jahr das Sekretariat verlassen. Hubert Zur-

kinden dankt ihr im Namen der Partei für die geleistete Arbeit  
und wünscht Rose-Marie alles Gute für die Zukunft!

Für das Protokoll: Gabriela Bader